

Antrag auf Förderung für BNE-Netzwerke in Hessen gemäß Förderaufruf vom 01.08.2025

HESSEN



1. Allgemeine Informationen

Antragssteller

Name der rechtsfähigen Organisation	
Adresszusatz / weitere Informationen	
Kontaktdaten (Adresse, Website, Telefon, E-Mail)	
Vertretungsbefugte Person des Antragsstellers	Funktion
Bankverbindung, IBAN	
Projekt	
Bezeichnung	
Vorgesehener Beginn:	Voraussichtliches Ende:
Projektleitung (Name/Vorname)	Telefon-Nr., E-Mail

2. Organisatorische Anforderungen

2.1 Beschreibung der regionalen Netzwerkstruktur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE-Netzwerk), der regionalen Verankerung und der thematischen Schwerpunkte

Das Netzwerk muss mindestens seit 2 Jahren bestehen mit mindestens 10 aktiven Partnern aus mindestens 5 unterschiedlichen Organisationsbereichen, wie z. B. Bildung, Verwaltung, Landwirtschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in der Region.

2.2 BNE-Expertise und Angaben zur fachlichen Qualifikation der Durchführenden

Die Koordinierungsstelle muss als Einrichtung BNE-zertifiziert sein oder in der Koordination mit einer BNE-zertifizierten Einrichtung/Einzelperson kooperieren.

2.3 Nachweis des von der beantragten Förderung unabhängigen Geschäftsbetriebs

Es ist unabhängig von der beantragten Förderung ein Geschäftsbetrieb des Antragsstellers durch den Gesamtumsatz der vergangenen beiden Kalenderjahre nachzuweisen. Es ist ein Eigenanteil von mind. 10 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben einzubringen (vgl. Finanzierungsplan).

3. Inhaltliche Anforderungen

3.1 Umsetzung Jahresthema

Der Antragssteller verpflichtet sich zur jährlichen Umsetzung eines vom HMLU vorgegebenen Jahresthemas in BNE-Bildungsangebote mit mindestens 5 Partnern innerhalb des Netzwerks. Die Angebote können von einzelnen Partnern oder als Kooperationsprojekte umgesetzt werden.

ja

nein

Hinweis: Die kalkulierten Kosten sind im Finanzierungsplan unter Handlungsfeld 1 zu berücksichtigen. Die inhaltliche Projektplanung zu den Jahresthemas ist in der jährlichen Detailplanung darzulegen (vgl. Punkt 8 des Förderauftrags).

3.2 Netzwerktreffen

Der Antragssteller verpflichtet sich zur Planung und Durchführung von jährlich mindestens einem Netzwerktreffen

ja

nein

3.3 Akteursmapping

Der Antragssteller verpflichtet sich zur Einreichung einer aktuellen Liste der Netzwerkakteure bis zum 1.4. eines jeden Jahres als Grundlage für deren Mapping auf der interaktiven Karte auf der Webseite der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie (<https://www.hessen-nachhaltig.de/interaktive-karte-bne-projekte-in-hessen.html>).

ja

nein

Hinweis: Eine Vorlage der vorgenannten Liste inklusive einer Einverständniserklärung zur Veröffentlichung der Daten auf der Website der Nachhaltigkeitsallianz wird der Koordinierungsstelle durch das HMLU zur Verfügung gestellt.

3.4 Austauschtreffen

Der Antragssteller verpflichtet sich zur Teilnahme an einem jährlichen Austauschtreffen mit den übrigen Koordinierungsstellen und dem HMLU.

ja

nein

3.5 Leitbild

Der Antragssteller stimmt dem Leitbild für hessische BNE-Netzwerke (vgl. Anlage 4) und der Erklärung zu Klimawandelleugnung und extremistischen Ideologien in der BNE-Bildungsarbeit (vgl. Anlage 5) zu.

ja

nein

Hinweis: Eine netzwerkspezifische Ausdifferenzierung des übergeordneten Leitbilds ist möglich.

4. Maßnahmenbeschreibung Handlungsfeld 1 (BNE-Bildungsangebote)

4.1 Maßnahmenbeschreibung

Inhaltliche Aspekte unter Berücksichtigung der Kriterien, Ziele und Aufgabenfelder des Handlungsfelds entsprechend dem Förderauftrag (Die Detailplanung zum Jahresthema 2025/26 auf dem Formular in der Anlage 3 einreichen)

4.2 Zielbeschreibung

Hier sind zum einen die Ziele inhaltlich zu beschreiben. Zum anderen sind die grundsätzlichen Ziele in Bezug auf Art und Umfang der geplanten BNE-Bildungsangebote bis zum Ende des Förderzeitraums aufzuführen.

4.3 Wirkung der Bildungsmaßnahme i.S. einer Bildung für nachhaltige Entwicklung

5. Maßnahmenbeschreibung Handlungsfeld 2 (Qualitätsentwicklung)

5.1 Maßnahmenbeschreibung

Inhaltliche Aspekte unter Berücksichtigung der Kriterien, Ziele und Aufgabenfelder des Handlungsfelds entsprechend dem Förderaufruf.

5.2 Zielbeschreibung

Hinweis zu Zielbeschreibung: Neben der unter a) aufzuführenden inhaltlichen Zielbeschreibung sind hier unter b) stichpunktartig Art und Umfang der in Handlungsfeld 2 geplanten Maßnahmen zu vermerken.

a) inhaltliche Zielbeschreibung

b) Zusammenfassung der messbaren Ziele

Messbare Parameter sind z.B. die Anzahl von Fortbildungsveranstaltungen, Austauschtreffen, Beratungsgesprächen und weiteren Veranstaltungsformaten, die schriftliche Ausarbeitung von Qualitätskriterien sowie Beiträge zur Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit (Newsletter, Presseartikel, Postings etc.).

5.3 Angaben zur fachlichen Qualifikation der Durchführenden

5.4 Wirkung und Nachhaltigkeit der Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung i. S. einer Bildung für nachhaltige Entwicklung

6. Handlungsfeldübergreifende Angaben

6.1 Kooperationspartner und Mitwirkende

6.2 Wie soll das Projekt dokumentiert und in der Öffentlichkeit präsentiert werden?

Der Antragssteller verpflichtet sich zur Mitwirkung an einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und einem einheitlichen Berichtswesens inkl. eines Förderprogramm-Controllings.

6.3 Wie soll auf die Förderung durch das HMLU hingewiesen werden?

6.4 Erläuterung und Aufschlüsselung von geltend gemachten Personalkosten

Personalkosten dürfen nur dann gefördert werden, wenn es sich um zusätzlich eingestelltes Personal für das Projekt handelt oder die Tätigkeit des Stammpersonals für das Projekt den Rahmen der Haupttätigkeit eindeutig überschreitet und dadurch Mehrarbeit anfällt. Nach dem Subsidiaritätsgrundsatz ist es zumutbar, eigenes Personal in der regulären Arbeitszeit ohne zusätzliches Honorar einzusetzen. Ebenso ist es den Zuwendungsempfängern zuzumuten, eigene Räume und eigene Sachmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

6.5 Erläuterung und präzise Aufschlüsselung der Eigenmittel und Drittmittel

(Eigenmittel sind Einnahmen / vorhandene Gelder, die nicht projektbezogen zugeflossen sind z.B. Vereinsbeiträge, nicht zweckgebundene Spenden, freie Rücklagen. Als Drittmittel sind alle projektbezogenen zusätzlichen Einnahmen zu erfassen z.B. zweckgebundene Spenden, Einnahmen, Förderungen Dritter oder Eintrittsgelder)

6.6 Weshalb wäre die Durchführung der Maßnahmen ohne die Zuwendung nicht möglich?

6.7 Sollen mit den beantragten Mitteln Geschäfts- oder Betriebseinrichtungen oder sonstige Vermögenswerte erworben oder hergestellt werden?

6.8 Sind für den gleichen Zweck bei anderen Stellen Mittel beantragt oder sollen sie beantragen werden oder sind von anderer Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt worden?

Falls ja, bei wem und in welcher Höhe?

6.9 Sind für den gleichen Zweck früher Zuwendungen gewährt worden?

Falls ja, bitte Zeitpunkt der Bewilligung, bewilligende Stelle und Höhe angeben.

6.10 Wie werden die Mittel verwaltet, wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt und welches Buchungssystem wird angewendet?

7. Finanzierung

Der Finanzierungsplan (Anlage 2) und die Jährliche Detailplanung 2025/26 (Anlage 3) sind auszufüllen und dem Antrag beizufügen.

8. Erklärung

Der Antragssteller erklärt, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.
- er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug nach § 15 Umsatzsteuergesetz - UStG:

berechtigt ist

nicht berechtigt ist

- die Mehrwertsteuer in den Ansätzen der einzelnen Ausgabepositionen enthalten ist:

ja

nein

Sollte der Antragsteller für das Vorhaben vorsteuerabzugsberechtigt sein, sind im Kosten- und Finanzierungsplan nur die Nettobeträge ohne Umsatzsteuer anzugeben.

- er die „Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P)“ bzw. bei kommunaler Trägerschaft die „Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK)“ in Hessen gelesen hat und diese anerkennt.
- keine weiteren Eigenmittel für das Projekt zur Verfügung stehen.

9. Dem Antrag beizufügen sind:

- Nachweis, dass Unterzeichner vertretungsberechtigt ist z.B. Vereinsregisterauszug oder Vertretungsberechtigung
- Je nach Rechtsform: Aktuelle Satzung / aktuelle Verfassung / aktueller Gesellschaftsvertrag
- Bei gemeinnützigen Körperschaften zusätzlich: Gültiger Freistellungsbescheid oder gültiger Körperschaftsteuerbescheid (inkl. der Anlage über die bestehende Steuerbefreiung) und gültiger Bescheid über die satzungsmäßigen Voraussetzungen nach 60 a Abgabenordnung (AO)
- Unterschriebene Datenschutzerklärung & unterschriebene Einwilligungserklärung

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antrag gemachten Angaben wird bestätigt.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

Hinweise zum Datenschutz (Datenschutzhinweise)

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Verarbeitung personenbezogener Daten von natürlichen Personen und zwar sowohl dann, wenn die personenbezogenen Daten unmittelbar bei den betroffenen Personen erhoben werden (Art. 13 DSGVO, § 26 Abs. 4 und § 31 HDSIG), als auch für den Fall, dass die personenbezogenen Daten nicht unmittelbar bei den betroffenen Personen erhoben werden (Art. 14 DSGVO, § 26 Abs. 1 und § 32 HDSIG, siehe hierzu unter 4.).

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlicher für die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Personen ist das Hessische Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat, das Sie wie folgt erreichen:

Referat IV 3, Mainzer Straße 80, D-65189 Wiesbaden;
Postfach 31 09, D-65021 Wiesbaden;
Tel.: +49(0)6111/815-0; Fax: +49(0)611/815-1941;
E-Mail: poststelle@landwirtschaft.hessen.de;
Internet: www.landwirtschaft.hessen.de.

2. An wen können Sie sich bei Fragen zum Datenschutz wenden?

Für Fragen zum Datenschutz erreichen Sie unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten wie folgt:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat; Mainzer Straße 80, D-65189 Wiesbaden; Postfach 31 09, D-65021 Wiesbaden; E-Mail: datenschutz@landwirtschaft.hessen.de.

3. Welche Kategorien personenbezogener Daten verarbeiten wir?

Es werden insbesondere die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten von uns verarbeitet:

- Personenstammdaten (z.B. Vor-/Nachname, Firma);
- Kontaktdaten (z.B. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefon-/Fax-Nr., Internetadresse);
- Buchungs-/Abrechnungsdaten (z.B. IBAN/BIC, Rechnungs-, Steuer-, Steuer-/Umsatzsteuer-Identifikations-Nrn.; Grund, Art, Fälligkeit und Höhe/Betrag der Forderungen);
- Wirtschafts-/Finanzdaten, d.h. Daten über Ihre wirtschaftliche/finanzielle Situation (z.B. Kontoauszüge, Bankbescheinigungen, Rechnungen, Zahlungsbelege, Vermögensaufstellungen/Bilanzen, Daten zu Vermögensauskünften und Insolvenzverfahren);
- Protokoll Daten über Ihre Kontakte mit uns (z.B. Datum/Tag und Uhrzeit einer von Ihnen an uns gesendeten E-Mail).

4. Aus welchen Quellen stammen die personenbezogenen Daten?

Die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten stammen insbesondere aus einer unmittelbaren Erhebung bei den betroffenen Personen, vor allem dann, wenn Sie direkt mit uns in Kontakt treten (z.B. per E-Mail oder Brief), sich zur Teilnahme an einer Veranstaltung und/oder zum Erhalt eines Newsletters bei uns anmelden, einen Antrag (z.B. auf Gewährung einer Zuwendung) bei uns stellen, und/oder uns eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilen (z.B. Angaben in einem Kontakt-/Anmeldeformular, in einer E-Mail bzw. einem Brief, einem Antrag, einer Einwilligungserklärung). Daneben greifen wir ggf. auf personenbezogene Daten zurück, die bereits bei uns zulässigerweise gespeichert sind und deren Weiterverarbeitung ebenfalls zulässig ist. Zudem verarbeiten wir u.U. personenbezogene Daten von z.B. Repräsentanten/Mitarbeitern, Verrichtungs-/Erfüllungsgehilfen oder Dienstleistern/Unterauftragnehmern der Antragsteller, die wir entweder bei den Antragstellern oder direkt bei den jeweiligen betroffenen Personen erheben. Außerdem kann es vorkommen, dass wir personenbezogene Daten verarbeiten, die wir zulässigerweise aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels-/Vereinsregister, Presseartikel, Internet, Impresen) und/oder von Dritten (z.B. Medien, Unternehmen, Gerichte, Einwohnermeldeämter/Meldebehörden, weitere/sonstige Behörden) erhalten.

5. Zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Im Einklang mit der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG) verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten insbesondere für die nachfolgenden Zwecke und auf Basis der in Klammern angegebenen Rechtsgrundlagen, wobei es zur Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung ausreicht, wenn eine dieser Rechtsgrundlagen in Betracht kommt.

Für die Verarbeitungszwecke, zu denen Sie uns unter Wahrung von Art. 7 DSGVO Ihre Einwilligung im Sinne von Art. 4 Ziffer 11 DSGVO erteilt haben (Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a) DSGVO). Die Einwilligung können Sie uns gegenüber (siehe dazu Ziffer 1 oben) nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit aus freien Stücken widerrufen (siehe dazu auch Ziffer 6 unten). Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor Geltung der DSGVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zu dem Widerruf bereits erfolgten Verarbeitungen Ihrer personenbezogenen Daten nicht berührt. Soweit eine andere Rechtsgrundlage besteht, sind wir trotz des Widerrufs der Einwilligung dennoch weiterhin zu der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten berechtigt.

Für Zwecke der Datenverarbeitung, die zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (wie z.B. Dokumentations-/Aufbewahrungs-, Auskunft-/Mitteilungs- oder Übersendungs-/Übermittlungspflichten), der wir unterliegen, erforderlich sind (Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. c) i.V.m. Abs. 3 DSGVO sowie anderer einschlägiger Rechtsvorschriften des nationalen Rechts oder des Unionsrechts, aus denen sich jeweils die von uns zu beachtende rechtliche Verpflichtung ergibt).

Für Zwecke der Datenverarbeitung, die zur Wahrnehmung der in unsere Zuständigkeit als öffentliche Stelle fallenden Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgen, erforderlich sind (Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e) i.V.m. Abs. 3 DSGVO und § 3 Abs. 1 HDSIG).

Für Zwecke der Datenverarbeitung, die außerhalb des Bereichs, in dem wir als Behörde zur Erfüllung unserer Aufgaben handeln (Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 2 DSGVO), zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder von Dritten erforderlich sind, die die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten von Ihnen, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen (Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. f) DSGVO). Eine Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse kann insbesondere dann vorliegen, wenn wir personenbezogene Daten von z.B. Repräsentanten/Mitarbeitern, Verrichtungs-/Erfüllungsgehilfen oder Dienstleistern/Unterauftragnehmern unserer Vertragspartner/Auftragnehmer verarbeiten, die wir zur sachgerechten Kommunikation und damit zur ordnungsgemäßen Abwicklung der Verträge mit unseren Vertragspartnern/Auftragnehmern benötigen.

Bei Weiterverarbeitungen durch uns als öffentliche Stelle im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem Ihre personenbezogenen Daten erhoben wurden (§ 21 HDSIG i.V.m. Art. 6 Abs. 4 DSGVO).

Zu Zwecken der Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns als öffentliche Stelle an andere öffentliche Stellen oder an nicht-öffentliche Stellen, soweit dies zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem die Daten erhoben wurden, erfolgt (§ 22 HDSIG i.V.m. Art. 6 Abs. 4 DSGVO).

6. Welche Rechte haben Sie in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns?

In Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie uns gegenüber (siehe Ziffer 1 oben) die nachstehenden Rechte:

Das Recht auf Widerruf einer uns erteilten Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO (siehe dazu auch Ziffer 5 oben). Die Einwilligung können Sie uns gegenüber (siehe dazu Ziffer 1 oben) jederzeit aus freien Stücken widerrufen. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor Geltung der DSGVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zu dem Widerruf bereits erfolgten Verarbeitungen Ihrer personenbezogenen Daten nicht berührt. Soweit eine andere Rechtsgrundlage besteht, sind wir trotz des Widerrufs der Einwilligung dennoch weiterhin zu der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten berechtigt.

Das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO über eine ggf. durch uns erfolgende Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, soweit nicht § 24 Abs. 2, § 25 Abs. 2, § 26 Abs. 2 oder § 33 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Berichtigung/Vervollständigung Ihrer durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Art. 16 DSGVO, soweit diese unrichtig/unvollständig sein sollten und nicht § 24 Abs. 2 Satz 1 oder § 25 Abs. 3 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Löschung Ihrer durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Art. 17 DSGVO, soweit einer der Gründe des Art. 17 Abs. 1 Buchst. a) bis f) zutrifft und nicht eine Ausnahme nach Art. 17 Abs. 3 Buchst. a) bis e) DSGVO oder § 34 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer durch uns verarbeiteten personenbezogenen Daten nach Art. 18 DSGVO, soweit einer der in Art. 18 Abs. 1 Buchst. a) bis d) geregelten Fälle gegeben und nicht § 24 Abs. 2 Satz 1 oder § 25 Abs. 4 HDSIG einschlägig ist.

Das Recht auf Übertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben und die von uns mithilfe automatisierter Verfahren verarbeitet werden, nach Art. 20 DSGVO, soweit § 25 Abs. 4 HDSIG nicht einschlägig ist und die Verarbeitung nicht für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt (Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO). Das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten mit der Folge, dass wir diese Daten ab dem Widerspruch nicht mehr verarbeiten, soweit nicht Art. 21 Abs. 1 Satz 2 DSGVO, § 24 Abs. 2 Satz 1, § 25 Abs. 4 oder § 35 HDSIG einschlägig ist (siehe dazu auch Ziffer 12 unten).

Das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht datenschutzkonform erfolgt.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit;

Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden; Postfach 3163, 65021 Wiesbaden; Tel.: 0611 1408-0; Fax: 0611 1408-611;

E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de;

Internet: <https://datenschutz.hessen.de/>.

7. Wer bekommt Ihre personenbezogenen Daten von uns (Empfänger/ Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten)?

Soweit dies zulässig ist, bekommen insbesondere die folgenden Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern Ihre personenbezogenen Daten von uns:

Öffentliche Stellen wie Behörden des Bundes, der Länder, der Landkreise, der Städte und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände, die Organe der Rechtspflege (z.B. Gerichte) sowie andere öffentlich-rechtlich organisierte Einrichtungen des Bundes, der Länder, der Landkreise, der Städte und Gemeinden bzw. Gemeindeverbände und sonstige deren Aufsicht unterstehende juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie deren Vereinigungen.

8. Werden Ihre personenbezogenen Daten in oder an Drittländer oder internationale Organisationen von uns übermittelt?

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns in oder an Länder (Drittländer) außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder internationale Organisationen findet nicht statt.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten von uns gespeichert (Dauer oder Kriterien für die Festlegung dieser Dauer)?

Ihre personenbezogenen Daten werden von uns solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung des/der Zwecks/Zwecke, zu dem/denen diese Daten erhoben wurden oder zu dem/denen sie zulässigerweise weiterverarbeitet werden, erforderlich ist.

Zudem kann es sein, dass wir Ihre personenbezogenen Daten für die Zeit aufbewahren, in der Ansprüche, Rechte, Pflichten von uns oder gegen uns geltend machen werden können.

Ferner speichern wir Ihre personenbezogenen Daten, soweit und solange wir z.B. im Rahmen von Nachweis-/Aufbewahrungspflichten dazu verpflichtet sind.

10. Erfolgt eine automatisierte Entscheidungsfindung/ Profiling?

Eine ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling (Art. 4 Ziffer 4 DSGVO) – beruhende Entscheidungsfindung im Sinne des Art. 22 DSGVO findet bei uns nicht statt.

11. Ist die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten an uns gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss mit uns erforderlich? Besteht für Sie eine Pflicht, uns die personenbezogenen Daten bereitzustellen, und welche möglichen Folgen hätte die Nichtbereitstellung?

Insbesondere in den folgenden Fällen bedarf es uns gegenüber einer Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten:

Wenn Sie einen Antrag (z.B. auf die Gewährung einer Zuwendung) bei uns stellen, benötigen wir im Rahmen der Antragsbearbeitung von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung des Verwaltungsverfahrens und zur Erfüllung der damit verbundenen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten sind wir zu einer Bearbeitung Ihres Antrages nicht in der Lage.

Für den Fall von Anmeldungen zum Erhalt von Newslettern brauchen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die notwendig sind, um Ihnen den/die Newsletter zur Verfügung stellen zu können und ohne die wir Ihnen den/die Newsletter nicht zukommen lassen könnten.

Sofern Sie uns für einen oder mehrere bestimmte Zwecke eine Einwilligung erteilt haben, brauchen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die von der Einwilligungserklärung erfasst werden und deren Verarbeitung erforderlich ist, um diese(n) Zweck(e) zu erreichen. Ohne diese Daten ist uns die Erreichung des/der Zwecks/Zwecke, für den/die Sie uns die Einwilligung erteilt haben, nicht möglich.

Im Falle von Datenverarbeitungen, die zur Erfüllung einer uns obliegenden rechtlichen Verpflichtung erforderlich sind, brauchen wir von Ihnen diejenigen personenbezogenen Daten, die notwendig sind, damit wir der uns treffenden rechtlichen Verpflichtung nachkommen können und ohne die wir diese rechtliche Verpflichtung nicht erfüllen könnten.

Bei Datenverarbeitungen, die zur Wahrnehmung der in unseren Zuständigkeitsbereich fallenden Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgen, erforderlich sind, sind wir darauf angewiesen, dass Sie uns diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die zur Aufgabenerfüllung notwendig sind und ohne die wir diese Aufgaben nicht wahrnehmen können.

12. Informationen über Ihr uns gegenüber bestehendes Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO (siehe dazu auch Ziffer 6 oben)

Nach Art. 21 Abs. 1 Satz 1 DSGVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die durch uns aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. e) DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder die in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt) oder Art. 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. f) DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen oder Dritter, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen) erfolgt, Widerspruch einzulegen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten von diesem Zeitpunkt an nicht mehr verarbeiten (Art. 21 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1 DSGVO), es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 DSGVO).

Nach Art. 21 Abs. 6 DSGVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Art. 89 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen, es sei denn, die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer im öffentlichen Interesse liegenden Aufgabe erforderlich.

Im Zusammenhang mit dem Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO wird zudem noch auf die nachfolgenden Bestimmungen im HDSIG hingewiesen, nach denen dieses Recht beschränkt ist bzw. nicht besteht:

Nach § 24 Abs. 2 Satz 1 HDSIG ist das in Art. 21 vorgesehene Widerspruchsrecht insoweit beschränkt, als dieses Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

Das in Art. 21 DSGVO vorgesehene Widerspruchsrecht besteht nach § 25 Abs. 4 HDSIG nicht, soweit dieses Recht voraussichtlich die Verwirklichung der im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Ausnahmen für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich sind.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO besteht nach § 35 HDSIG nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das Ihre Interessen überwiegt, oder soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Empfänger des Widerspruchs:

Ihren Widerspruch können Sie formfrei und bitte mit dem Betreff „Widerspruch“ an uns (siehe dazu Ziffer 1 oben) richten. Bitte legen Sie den Widerspruch so ein, dass wir diesen Ihrer Person zuordnen können.

13. Änderungen und/oder Ergänzungen der Datenschutzhinweise:

Wir behalten uns jederzeitige Änderungen und/oder Ergänzungen dieser Datenschutzhinweise ausdrücklich vor.

14. Bestätigung Erhalt/ Kenntnisnahme der Datenschutzhinweise:

Hiermit bestätige ich, dass ich diese Datenschutzhinweise erhalten und zur Kenntnis genommen habe.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Einwilligungserklärung (bitte unterschreiben)

Hiermit willige ich ein in die Verarbeitung meiner in Ziffer 3 der beigefügten Datenschutzhinweise genannten Daten zur Gewährung einer Zuwendung durch das Land Hessen und aller damit in Zusammenhang stehender Tätigkeiten (Artikel 6 Abs. 1 Unterabs. 1 Buchst. a) DSGVO).

Sofern keine andere Rechtsgrundlage zur Datenverarbeitung berechtigt, können die Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung ohne die Einwilligung nicht geprüft werden. Meine Daten werden an folgende Stellen übermittelt und von diesen genutzt: das Hessische Competence Center (HCC), der Hessische Rechnungshof (HRH). Die erteilte Einwilligung kann ich jederzeit gegenüber dem Hessischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd Heimat, Referat IV 3, Mainzer Straße 80, 65189 Wiesbaden widerrufen (siehe oben, Ziffer 1, 5 und 6). Der Widerruf wirkt erst in der Zukunft und betrifft nicht eine bereits erfolgte Verarbeitung. Auch im Falle eines Widerrufs ist der für die Datenverarbeitung Verantwortliche weiterhin zur Verarbeitung der Daten berechtigt, wenn eine anderweitige Rechtsgrundlage besteht. Die beigefügten Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige dies durch meine Unterschrift. Des Weiteren bestätige ich durch meine Unterschrift, dass ich die für die Erteilung der Einwilligungserklärung erforderliche Einsichtsfähigkeit besitze.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Stand dieser Datenschutzhinweise: 9. April 2025